

Beschlussvorlage auf der Ratssitzung (25.4.2021):

(entnommen aus dem Sitzungs-PAD)

Zu aktuellen Auseinandersetzungen in der Bewegungslandschaft

Im Selbstverständnis von Attac von 2006 werden die Grundlagen der gemeinsamen Arbeit formuliert: „Für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien gibt es (in Attac) keinen Platz.“ Und in der Attac-Rats-Erklärung von 2012 heißt es: „Die Zusammenarbeit hat dort ihre Grenzen, wo Gruppen mit rassistischen, antisemitischen, fremdenfeindlichen, chauvinistischen und verwandten Ideologien arbeiten“ oder sich nicht klar davon abgrenzen. Weiter heißt es dort: „Unsere Kritik an den herrschenden Zuständen (...) muss dazu beitragen, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen für die Krise zu erkennen und darf bei der Analyse nicht an Oberflächenphänomenen hängen bleiben. Statt Vorurteile zu bedienen und Ressentiments zu verstärken, mit denen sich vielleicht kurzfristig Mobilisierungserfolge erzielen ließen, muss sie Aufklärung über die soziale Verhältnisse betreiben. Statt auf schnelle Erfolge zu schießen, sollte sie diejenigen, die sie in Bewegung setzen will, in die Lage versetzen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.“ Hinsichtlich aktueller Bewegungen bedeutet dies, dass der Bezug auf oder die Kooperation mit den Ideologien der "Neuen Rechten" keinen Platz in Attac haben.

Dennoch zeigen sich in einigen wenigen Attac-Gruppen bzw. auf deren Websites sowie in Diskussionsbeiträgen auf Attac-Mailinglisten seit einiger Zeit Inhalte, wie sie der Neuen Rechten und irrationalistischen Bewegungen zuzuordnen sind. Deshalb stellt der Attac-Rat fest:

Attac hat eine klare Abgrenzung gegen Rechts.

Positionen, die sich zwar oberflächlich von rechten Diskursen distanzieren, aber gleichzeitig Verständnis für deren Vertreter*innen einfordern, haben nichts mit emanzipatorischer Globalisierungskritik zu tun. Der Versuch, Argumente der AfD, der Querdenker*innen oder großer Teile der Montagsmahnwachen als diskutierbar zu bezeichnen oder gar inhaltliche Schnittmengen mit Positionen aus dem rechten und völkischen Spektrum zu behaupten, hat in Attac keinen Platz. Menschen, die solche Positionen vertreten, darf künftig kein Raum mehr eingeräumt werden, weder in Form der Verbreitung solcher Inhalte über Mailinglisten, Facebook- oder Webseiten noch durch Einladung von Referent*innen (wie Daniele Ganser, Ernst Wolff und andere). Eine Zusammenarbeit mit oder eine positive Bezugnahme auf Parteien, Bündnisse, Gruppen oder Menschen, die nach rechts hin offene Positionen vertreten, darf es nicht geben.

Es gibt in Attac keinen Platz für Verschwörungsideologien

Emanzipatorische Politik kann nicht auf irrationalen Ideologien aufbauen und kommt ohne eine auf wissenschaftliche Standards begründete Theorie nicht aus. Wenn politisches Handeln sich ausdrücklich auf Verschwörungsmymen oder vereinfachte Welterklärungen beruft, führt dies zwangsläufig zu Ergebnissen, die rückwärtsgewandt und damit das Gegenteil von emanzipatorisch sind. Auch kritische Wissenschaft beruft sich auf nachvollziehbare Quellen, ihre Argumente und Arbeitsschritte sind transparent und widerlegbar. So lassen sich wirkliche Verschwörungen und Verschwörungsmymen auch voneinander unterscheiden. Verschwörungsmymen lassen sich selbst durch Gegenbeweise nicht erschüttern. Sie sind gleichermaßen reaktionär, ob sie die Leugnung des Klimawandels oder der Gefährlichkeit von SARS-CoV-2 betreffen. Damit stellen sich Vertreter*innen von Verschwörungsideologien außerhalb unseres gemeinsamen Konsenses.

Wir positionieren uns deutlich gegen Antifeminismus

Leider fühlen sich viele Männer aufgrund der Kritik am Patriarchat und der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen für mehr Geschlechtergerechtigkeit von antifeministischen Erzählungen angesprochen. Antifeminismus und die Verächtlichmachung von (queer-)feministischen Positionen sind mit einer emanzipatorischen Politik jedoch nicht vereinbar. Deshalb treten wir diesen Einstellungen unmissverständlich entgegen.

Wir wenden uns entschieden gegen Antisemitismus

Wir lehnen jede Form von Antisemitismus ab. Das bedeutet nicht, dass Entscheidungen der Regierung Israels nicht faktenbasiert kritisiert und palästinensische Forderungen nach Gerechtigkeit und der vollen Gewährung ihrer politischen, bürgerlichen und menschlichen Rechte, wie sie im Völkerrecht verankert sind, unterstützt werden können. Wer allerdings von jüdischer Weltverschwörung redet, beispielsweise Jüd*innen kollektiv für das Verhalten Israels verantwortlich macht oder das Existenzrecht Israels infrage stellt, hat keinen Platz in Attac.

Uns eint die folgende Überzeugung:

Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen, die unterdrückt, verfolgt und nicht repräsentiert werden. Dies schließt alle ein, die z. B. in Pflgeberufen oder in der Ernährungsindustrie ausgebeutet werden, Jüd*innen, sowie (Queer-)Feminst*innen, die beschimpft und beleidigt werden, Flüchtende, die vor Krieg, Not und Unterdrückung fliehen und als Geflüchtete und/oder auch rassistisch diskriminiert, verfolgt und immer öfter bedroht, verletzt und sogar ermordet werden. Eine Haltung, die sich auf nationale Werte beruft, Migrant*innen ausschließt und Abschottung gegen Migration fordert, stellt sich außerhalb unseres gemeinsamen Konsenses.

Weiteres Verfahren

Inhaltlich

Bildungsarbeit intensivieren

- Es gilt, die Bildungsarbeit gegen neoliberal geprägte Individualisierung und autoritäre Welterklärungen, rechte Propaganda, Halbwahrheiten und zur Aufklärung über die Neue Rechte, über die Querdenker-Bewegungen und andere aktuelle Bewegungen gegen die Corona-Maßnahmen auszubauen. Dabei erinnert der Rat an die auf dem Frühjahrsratschlag 2021 besprochenen Aktivitäten, die emanzipatorische Lösungen (wie globale soziale Rechte) durchzusetzen versuchen.

Eigenes Narrativ entwickeln

- Wir brauchen eine eigene plausible Welterklärung gegen vereinfachte Verschwörungserzählungen (Antikapitalismus ist nicht automatisch emanzipatorisch, von rechtem Antikapitalismus abzugrenzen, Eigentumsfrage stellen, Demokratiefrage stellen, transnationale statt nationaler Lösungen voranbringen, sich positiv auf Diversität beziehen)
- Dies bedeutet, dass wir ein geschärftes Selbstverständnis benötigen: Wir müssen skizzieren, wie die andere Welt aussehen soll, "Eine andere Welt ist möglich" reicht nicht mehr, wir brauchen ein „Diese andere Welt ist möglich“.

Den Attac-internen Diskurs führen

- Wir müssen eigene definierte Positionen wieder klarer artikulieren und in die Attac-Gremien und -Strukturen tragen.
- In Einzelfällen sind Attacies grundlegende Haltungen von Attac nicht bekannt oder werden ignoriert.
- Die pluralistische Vielfalt hat klare Grenzen.
- Die Normalisierung rechter Diskurse erfolgte zuletzt auch durch eine teilweise Verharmlosung des Problems der rechtsoffenen Diskurse.

Administrativ

Allgemein

- Einem Bruch mit unseren definierten Werten muss eine klare, dem Anlass angemessene Reaktion folgen.
- Eindeutig außerhalb des Attac-Konsenses liegen Positionen, die "Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus, Antifeminismus und verwandte Ideologien“ vertreten. Dies schließt auch eine Zusammenarbeit mit Menschen und Gruppen aus, die solchen Positionen vertreten

oder sich nicht klar davon abgrenzen.

- Das gilt auch für das Vertreten von Verschwörungsmythen und irrationaler Erklärungsmuster anstelle politisch sachlicher Analyse und Bewertung.
- Auch Verständnis oder gar Zustimmung zu Positionen bzw. Verhalten wie sie von Corona-Leugner*innen vertreten werden, fallen in dieses Kategorie.

Bezogen auf Mailinglisten, Webseiten und Social Media

- Klare Grenzen setzen, was gepostet werden darf
- Leute, die unsere definierten Positionen permanent widersprechen, müssen gestoppt werden, z.B. durch Ausschluss von den Listen durch die Listen-Moderation

Bezogen auf einzelne Mitglieder

- Verfahren anwenden, um sich von Menschen zu trennen, die eindeutig unsere definierten Positionen überschreiten

Bezogen auf Gruppen oder Mitgliedsorganisationen

- Verfahren anwenden, um Gruppen oder Organisationen auszuschließen, die klar gegen unser Selbstverständnis verstoßen.
- Klare Grenzen setzen, wen Gruppen als Referent*innen einladen dürfen und für was sie auf ihren Webseiten und Socialmedia-Kanälen (Facebook, Twitter, YouTube etc.) werben dürfen.

Bezogen auf Bündnisse

- Nicht mitmachen bei rechten und nach rechts offenen Bündnissen wie z. B. Querdenken.

Institutionell

Zusammenarbeit mit dem Rat

- Der KoKreis muss sich wieder stärker im Rat und in der Rats-VG einbringen.
- Die Regeln und Verfahren, wann welches Verhalten welche Konsequenzen hat, sollten vom Rat beschlossen werden.
- Der Kokreis sollte die Auseinandersetzung politisch führen und dann in den Rat tragen.

Einrichtung von zwei zusätzlichen Gruppen des Rats

1. Projektgruppe zur Untersuchung der zurückliegenden Vorgänge

Sie befasst sich mit den von Kokreis-Mitgliedern, vom Bundesbüro und von Junges Attac vorgetragene Einschätzungen. Dafür werden die Fälle der letzten zwei Jahre vom Bruch mit dem Attac-Konsens und das Vorgehen dagegen dokumentiert. Das Bundesbüro und der Kokreis geben innerhalb der nächsten zwei Wochen ihre Unterlagen weiter. Die Projektgruppe legt dem Rat einen ersten Bericht Ende Mai vor, sie arbeitet bei Bedarf nach und löst sich nach Abschluss ihres Auftrages auf.

2. Arbeitsgruppe zur Klärung von möglichen künftigen Fällen innerhalb von Attac, in denen gegen die oben definierte "Klare Abgrenzung gegen Rechts" verstoßen wird.

Die AG hat die Aufgabe die Sachlage innerhalb von drei Wochen zu klären und schlägt dem Rat Maßnahmen vor.

Bei „Gefahr im Verzug“ darf der Ko-Kreis handeln und ruft gleichzeitig die Arbeitsgemeinschaft an; seine Entscheidung kann mit einfacher Mehrheit vom Rat binnen drei Tagen revidiert werden. Die Schiedskommission hat innerhalb von drei Wochen Maßnahmen vorzuschlagen.

Diese Arbeitsgruppe ist eine neue Rats-AG, deren Mitglieder zu wählen sind.

Dieser Beschluss des Rats wird binnen von drei Monaten auf seine Wirksamkeit und Praktikabilität überprüft.